

## INHALT

- AOK will Hausarzt- und Facharztverträge miteinander verknüpfen
- Wahltermine in den Bundesländern
- Arbeitgeber sind für eine Senkung der Sozialabgaben, nicht der Steuern
- Fehlzeiten-Report 2009: Krankenstand steigt weiter

## ■ Koalition diskutiert über Gesundheitspolitik

Auch nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages geht die Diskussion über den künftigen gesundheitspolitischen Kurs der neuen schwarz-gelben Bundesregierung weiter. Während Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler die im Regierungsprogramm enthaltenen Absichtserklärungen für eine langfristig wirksame Reform des Gesundheitswesens (siehe Seite 3) bekräftigte, geht vor allem die CSU seit Amtsantritt des ersten FDP-Gesundheitsministers in der Geschichte der Bundesrepublik auf Konfrontationskurs. Ihr Vorsitzender Horst Seehofer bezweifelt in aller Öffentlichkeit, dass die von den Liberalen anvisierte einheitliche **Gesundheitsprämie** als Finanzierungsbasis für die gesetzliche Krankenversicherung bezahlbar sei. Ein zwingend notwendiger sozialer Ausgleich lasse sich nicht mit Geld aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Voraussichtlich am 18. und 19. November wollen die Koalitionsparteien bei einer Klausur im Regierungsgästehaus Schloss Meseberg bei Berlin über die Streitpunkte beraten.

Infos: [www.aok-bv.de/politik/reformaktuell/index\\_01901.html](http://www.aok-bv.de/politik/reformaktuell/index_01901.html)

## ■ AOK setzt auf solidarische GKV-Finanzierung

Die AOK setzt nach den gesundheitspolitischen Absprachen der christlich-liberalen Regierungskoalition in Berlin auf mehr Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zugunsten besserer Behandlungsqualität. Das machten Dr. Herbert Reichelt, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, und sein Stellvertreter Jürgen Graalman in einem gemeinsamen Interview deutlich. Die AOK setze ferner darauf, dass die neue Bundesregierung trotz kontroverser Ansichten zwischen Union und Liberalen über einen Systemwechsel in der GKV an deren **solidarischer Finanzierung** festhalte. Die Gesundheitskasse gehe zudem davon aus, dass die Koalition auch keine Leistungskürzungen vornehmen werde. Mit keinem Satz, so Graalman, stelle der Koalitionsvertrag den Leistungsumfang der GKV in Frage. Dafür spreche auch die Zielsetzung der neuen Regierung, sagte der Vorstands-Vize des AOK-Bundesverbandes, weiterhin allen Menschen in Deutschland unabhängig von Einkommen, Alter und sozialer Herkunft im Krankheitsfall den Zugang zu guten medizinischen Leistungen zu ermöglichen. Das schließe nach Überzeugung der AOK eine die gesundheitliche Versorgung gefährdende Reduktion des **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs** aus. Reichelt und Graalman bekräftigten zudem die Absicht der Gesundheitskasse, weiterhin alles daran zu setzen, um **Zusatzbeiträge** ihrer Versicherten zu vermeiden.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ZUR PERSON



**Dr. Bettina Bonde** ist neue Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein. Sie war zuvor unter anderem Referentin in der FDP-Bundestagsfraktion.



**Professor Jörg Hacker**, noch Präsident des Robert-Koch-Instituts in Berlin, gibt die Leitung dieser Behörde im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums auf. Der Wissenschaftler wurde zum neuen Chef der Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina – in Halle/Saale gewählt.

Redaktionsschluss  
dieser Ausgabe:  
12. November 2009

## ■ AOK will Hausarzt- und Facharztverträge miteinander verknüpfen

Die AOK will die Versorgung für ihre Versicherten verbessern, indem sie **Hausarztverträge** und **selektive Verträge** mit Fachärzten miteinander verbindet. Wie Dr. Herbert Reichelt, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, auf der Fachtagung „AOK im Dialog“ Anfang November in Berlin mitteilte, arbeitet der AOK-Bundesverband bereits an entsprechenden Konzepten. Diese soll es beispielsweise zu den Indikationen Rheuma und Depressionen geben. Dr. Edmund Edelmann, Vorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Rheumatologen, erklärte bei der Veranstaltung, mit einer zeitnäheren Überweisung von rheumakranken Patienten an internistische Rheumatologen ließen sich die Lebensqualität und die Lebenszeit der Betroffenen enorm steigern und die Folgekosten der Erkrankung senken. Auch Diplom-Psychologe Dieter Best, Bundesvorsitzender der Deutschen Psychotherapeuten-Vereinigung, benannte Mängel in der Versorgung psychisch Kranker, darunter zu lange Wartezeiten. Er mahnte mehr Krisenintervention und Gruppentherapien an. Voraussetzungen für das Gelingen selektiver Verträge zählte Dr. Christopher Hermann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg, auf. Unter anderem müssten die Vertragspartner managementfähig sein und eine Affinität zur Informationstechnologie haben. Prof. Eberhard Wille, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, meinte, die rechtlichen Rahmenbedingungen böten derzeit genug Optionen, um Selektivverträge zu schließen. Das **Vertragsarztrechts-Änderungsgesetz** habe die Möglichkeiten für Fachärzte gestärkt, mit Krankenhäusern in Konkurrenz zu treten.

Infos: [www.aok-bv.de/aok/dialog/index\\_01842.html](http://www.aok-bv.de/aok/dialog/index_01842.html)

## ■ Neue Termine für vierte Runde der AOK-Rabattverträge

Für die vierte Runde der bundesweiten **Arzneimittel-Rabattverträge** der Gesundheitskasse hat die federführende AOK Baden-Württemberg die Angebotsfrist und den Vertragsbeginn neu terminiert. Die Angebote der Hersteller sollen nun bis zum 25. November 2009 eingehen. Ursprünglich war als Abgabetermin der 16. Oktober vorgesehen. Der Vertragsbeginn wurde vom 1. Januar auf den 1. April 2010 verschoben. Die Laufzeit der Vereinbarungen bleibt unverändert bei 24 Monaten. Die AOK-Gemeinschaft hat die Ausschreibungsunterlagen aufgrund mehrerer Fehler und ungenauer Angaben von Pharmaherstellern angepasst. Bereits im August hatte sie 87 Wirkstoffe mit einem jährlichen Umsatzvolumen von rund 1,4 Milliarden Euro ausgeschrieben und im **Amtsblatt** der Europäischen Union veröffentlicht. Zu den bedeutsamsten Wirkstoffen der aktuellen Ausschreibung zählen „Pantoprazol“, das die Magensäure senkt, und „Venlafaxin“, das zur Behandlung von Depressionen eingesetzt wird. Im August 2008 hat die AOK Rabattverträge erstmals europaweit ausgeschrieben.

Infos: [www.aok-bv.de/politik/wettbewerb/index\\_01867.html](http://www.aok-bv.de/politik/wettbewerb/index_01867.html)

## ■ Vielfältiges Echo auf gesundheitspolitische Passagen im Koalitionsvertrag

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisierte in einer ersten Einschätzung den schwarz-gelben Koalitionsvertrag scharf. Gerade im Bereich der Gesundheit und Pflege, so sein Vorsitzender Michael Sommer, sei ein Ende der Solidarität zu befürchten. Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände äußerte sich dagegen deren Präsident Dr. Dieter Hundt positiv zum sozialpolitischen Teil des Abkommens: „Die Koalitionsvereinbarung ist ein guter Kompass für die nächsten Jahre und stellt die notwendigen Weichen für Wachstum und für Strukturveränderungen im Sozialversicherungs-Bereich.“ Ausdrücklich begrüßte er den Einstieg in die Entkoppelung der Kosten für Gesundheit und Pflege vom Arbeitsverhältnis. Nur so könnten beide Systeme zukunftsfähig gemacht werden. Die gesundheitspolitischen Vereinbarungen von CDU, CSU und FDP begrüßte auch der Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherung, Dr. Volker Leienbach. Er sprach von einem überfälligen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik hin zu mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürger und für die Beteiligten im Gesundheitswesen. Positiv bewerteten auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Bundesvereinigung der Deutschen Apothekerverbände (ABDA) den Koalitionsvertrag. Einhellige Kritik gab es dagegen von Sozial- und Patientenverbänden.

### KOMMENTAR

Das Wählervotum vom 27. September hat der deutschen Gesundheitspolitik ein Novum beschert: Mit dem Mediziner Dr. Phillipp Rösler aus Hannover stellt die FDP erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik den Bundesgesundheitsminister. Bereits als Verhandlungsführer der Liberalen bei den Koalitionsgesprächen mit der CDU/CSU hat er keinen Zweifel daran gelassen, dass er ganz im Sinne seiner Partei die vor ihm liegende Amtszeit zu gravierenden Veränderungen der gesetzlichen Krankenversicherung und des Medizinbetriebes nutzen will. Doch zunächst verordneten sich die Regierungsparteien auf diesem Politikfeld eine zwölfmonatige „Denkpause“. In dieser Zeit soll eine Kommission die Grundlagen der nächsten Gesundheitsreform erarbeiten. Bereits ein Blick in den Text des Koalitionsvertrages macht deutlich, dass vor allem FDP und CSU gesundheitspolitisch in zwei völlig verschiedenen Welten leben. Längst ist das Politikfeld wieder ein Zankapfel innerhalb der Koalition. Wir dürfen deshalb gespannt sein, wie Phillipp Rösler den vor ihm liegenden Spagat zwischen der gebotenen sozial verträglichen Ausgestaltung des Schutzes im Krankheitsfall und Privatisierungstendenzen in diesem Bereich absolviert. (JB)

## ■ Gesundheitsreform: Nur wenige Zeitfenster

Landtagswahlen 2010 – 2012		
Jahr	Termin	Bundesland
2010	9. Mai	Nordrhein-Westfalen
2011	Frühjahr	Baden-Württemberg
	Frühjahr	Rheinland-Pfalz
	I. Quartal	Sachsen-Anhalt
	Mai	Bremen
	Sommer	Berlin
	Septemb.	Mecklenburg-Vorp.
2012	I. Quartal	Hamburg

**Bereits in den ersten Wochen** der 17. Legislaturperiode des Bundestages ist abzusehen, dass der christlich-liberalen Regierungskoalition nicht allzu viele zeitliche Möglichkeiten verbleiben, um gravierende Veränderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Weg zu bringen. So gilt es als sicher, dass im Umfeld von Landtagswahlen keine wichtigen gesundheitspolitischen Beschlüsse durch den Gesetzgeber fallen werden. Deshalb dürften sich die Regierungsparteien wegen ihrer knappen Mehrheit im Bundesrat vor allem auf das Jahr 2012 konzentrieren, wenn sie Reformen im Parlament durchsetzen wollen.

## ■ Arbeitgeber für Senkung der Sozialabgaben

Es ist sinnvoller, die lohnbezogenen Sozialbeiträge zu senken als die Steuern. Diese Ansicht vertritt die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem Papier „Arbeit entlasten – Beschäftigung sichern“. Dort heißt es: „Anders als bei Steuersenkungen wird durch Beitragssenkungen sowohl eine Entlastung der Arbeitskosten als auch eine Erhöhung der Nettoverdiens-te erreicht. Zudem profitieren von Beitragssenkungen deutlich mehr Beschäftigte als von den Steuersenkungen, insbesondere auch Geringverdiener.“ Mehr noch: Verschiedene Untersuchungen legen laut BDA nahe, dass eine Senkung des Sozialversicherungsbeitragssatzes um einen Prozentpunkt einen um 125.000 Personen höheren Beschäftigungsstand bewirken würde.

Infos: [www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)

## ■ Schweinegrippe: Experten erwarten steigende Impfwilligkeit

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) erwartet eine steigende Bereitschaft der Bevölkerung, sich gegen die Schweinegrippe impfen zu lassen. Wie der PEI-Virologe Dr. Michael Pfeleiderer mitteilte, rechnet er damit, dass die Stimmung über Nacht umschlagen könne, „sobald – wie jetzt in den USA – die Zahl der Schwerkranken steigt und die Krankenhausbetten knapp werden“. Die Massenimpf-Aktion ist inzwischen in fast allen Bundesländern angelaufen, wird aber teilweise noch wenig wahrgenommen. Mediziner gehen davon aus, dass Deutschland gerade von einer zweiten Schweinegrippe-Welle heimgesucht werde, die gefährlicher sei als die erste. Anfang November hatte sich die Zahl der neuen Schweinegrippefälle innerhalb einer Woche von 1.800 auf über 3.000 erhöht. Laut Prof. Jörg Hacker, Präsident des Robert-Koch-Instituts, ist das Virus in Deutschland noch nicht mutiert.

Infos: [www.aok-bv.de/gesundheits/versorgungsbereiche/index\\_01776.html](http://www.aok-bv.de/gesundheits/versorgungsbereiche/index_01776.html)

## ■ Pflege: Neue DatenClearingStelle

Die DatenClearingStelle (DCS) Pflege hat Anfang November ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Tätigkeit ist eine wesentliche Grundlage dafür, dass künftig Noten für Pflegeeinrichtungen in Deutschland veröffentlicht werden. Die DCS ist ein Gemeinschaftsprojekt der Verbände der Pflegekassen unter Federführung des Verbandes der Ersatzkassen (vdek). Mit Hilfe der DCS sammeln die Landesverbände der Pflegekassen die Ergebnisse aller Qualitätsprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen ein. Zu prüfen sind 20.000 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Auf der Grundlage der Qualitätsprüfungsberichte entstehen die Pflegenoten. Bereits jetzt liegen die Ergebnisse von über 1.000 Einrichtungen vor. Die AOK wird die DCS-Daten nach deren endgültiger Veröffentlichung in den [AOK-Pflegeheimnavigator](#) einbinden.

Infos: [www.vdek.com](http://www.vdek.com)

## ■ KTQ-Award 2009 verliehen

Mit dem Award der Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen (KTQ®) sind in diesem Jahr die Ammerland-Klinik in Westerstede und das Wirbelsäulenzentrum Marburg ausgezeichnet worden. KTQ-Geschäftsführerin Gesine Dannenmaier erklärte auf dem 9. KTQ-Forum Anfang November in Berlin vor 500 Experten aus Krankenhäusern, Arztpraxen, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen, den Preisträgern sei es in „hervorragender Weise geglückt, das diesjährige Award-Thema ‚externe Kooperation‘ zum Wohle ihrer Patienten umzusetzen“. Die KTQ vergab bereits über 1.000 Zertifikate für ein nach ihr benanntes Qualitätsmanagementsystem.

Infos: [www.aok-bv.de/gesundheit/versorgungsbereiche/index\\_01899.html](http://www.aok-bv.de/gesundheit/versorgungsbereiche/index_01899.html)

## ■ Vier Innungskrankenkassen fusionieren

Zur größten **Innungskrankenkasse** Deutschlands (IKK) fusionieren am 1. Januar 2010 die IKK Baden-Württemberg und Hessen, die IKK Hamburg, die IKK Sachsen sowie die IKK Thüringen. Das haben die Verwaltungsräte der vier Krankenkassen beschlossen. In der neuen „IKK classic“ mit Sitz in Dresden werden dann 1,852 Millionen Menschen versichert sein. Die Gründerkassen haben gemeinsam 3.000 Mitarbeiter und 180 Geschäftsstellen. Sie erhoffen sich von der Fusion mehr Einfluss in Verhandlungen um bessere Leistungen für ihre Versicherten. Das finanzielle Fundament der neuen Kasse sei solide und die Organisationsstrukturen effizient. Alle vier Kassen bekannten sich zu Leistungsvielfalt und -qualität sowie zu gutem Service. Die IKK classic werde keinen Zusatzbeitrag erheben.

Infos: [www.ikk-hamburg.de](http://www.ikk-hamburg.de)

## ■ Anlagevorschriften für die Sozialversicherung bleiben unverändert

Bundesunmittelbare Sozialversicherungsträger haben weder bei der Hypo Real Estate noch bei der in Insolvenz gegangenen Lehman Brothers Bankhaus AG unzulässige Vermögensanlagen getätigt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/14112) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zur „Rolle des Bundesversicherungsamtes bei der Einlagensicherheit der Vermögensanlagen von Sozialversicherungsträgern“ hervor. Die Regierung sieht keine Notwendigkeit, die Anlagevorschriften für die Sozialversicherung zu ändern, betont aber, sie wolle prüfen, inwieweit in anstehenden Gesetzesvorhaben klarstellende oder redaktionelle Änderungen an den Anlagevorschriften vorgenommen werden könnten. Laut Paragraf 80 des Vierten Sozialgesetzbuchs müssen Anlagen so erfolgen, dass ein Verlust ausgeschlossen scheint, ein angemessener Ertrag erzielt wird und eine Liquidität gewährleistet ist.

Infos: [www.bundestag.de/presse/hib/2009\\_10/2009\\_258/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_10/2009_258/01.html)

## Vorschau

### Ausgabe 11/2009

#### Viele ungeklärte Fragen

Die neue Regierungskoalition in Berlin will in der Gesundheitspolitik neue Wege gehen. Kopfprämie, Kostenerstattung und Kapitaldeckung sind nur einige Stichworte dazu. Vorab soll jedoch eine Regierungskommission binnen Jahresfrist Details erarbeiten. Jan Carels vom AOK-Bundesverband analysiert den Koalitionsvertrag zwischen Union und Liberalen und skizziert, wie es in der Gesundheitspolitik weitergehen sollte.

#### Arzt-Einkünfte transparent

Das Statistische Bundesamt macht die Einkommenssituation niedergelassener Mediziner transparent. Die Daten zeigen, dass ein Praxisinhaber im Jahr 2007 nach Abzug der Aufwendungen durchschnittlich fast 13 Prozent mehr einnahm als noch vier Jahre zuvor. Fakten von Joachim Klose vom Wissenschaftlichen Institut der AOK.

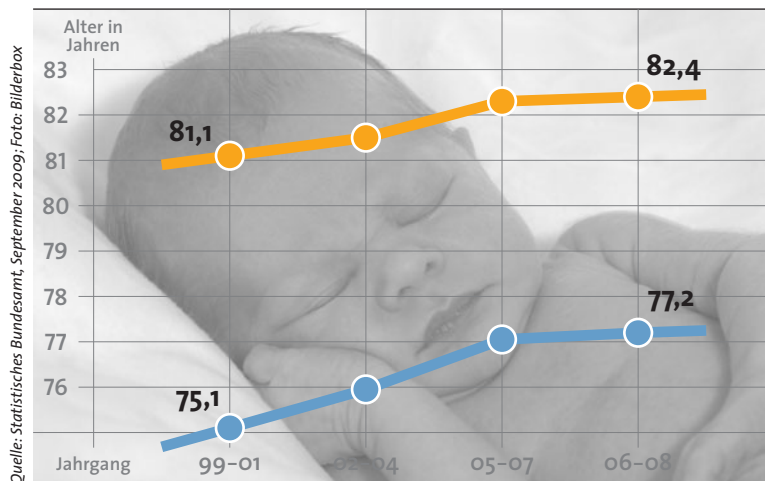
## Wissenschaft

### Ausgabe 4/2009

„Arztberuf im Wandel“ und eine Bestandsaufnahme der Telemedizin sind die Themen der aktuellen Ausgabe der G+G-Wissenschaft.

## Lebenserwartung steigt stetig

Die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener beträgt für ■ Mädchen | ■ Jungen:



**Die Lebenserwartung in Deutschland** ist weiter gestiegen. Sie beträgt für neugeborene Jungen 77,2 Jahre und für neugeborene Mädchen 82,4 Jahre. Diese Zahlen nennt die Sterbetafel 2006/2008, die das Statistische Bundesamt kürzlich veröffentlicht hat. 2005/2007 waren es 76,9 Jahre für neugeborene Jungen beziehungsweise 82,3 Jahre für neugeborene Mädchen. Nach wie vor ist die Lebenserwartung in Westdeutschland (ohne Berlin-West) etwas höher als in Ostdeutschland (ohne Berlin-Ost). Der Abstand beträgt bei neugeborenen Jungen 1,3 Jahren und bei neugeborenen Mädchen 0,3 Jahre.

Infos: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## ■ Fehlzeiten-Report 2009: Krankenstand erneut gestiegen

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten steigen: 17 Tage lang waren im Durchschnitt die AOK-Versicherten 2008 krank geschrieben. Das geht aus dem Fehlzeiten-Report 2009 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) hervor. 2007 waren es noch 16,3 Tage. Für die Zunahme der **Fehlzeiten** sind dem Report zufolge neben einem Anstieg von Krankheiten des Atmungssystems die seit Jahren zunehmenden Fälle psychischer Erkrankungen verantwortlich. Diese verursachen laut WIdO zugleich die längsten Ausfallzeiten: Fehle ein Arbeitnehmer aufgrund einer Atemwegserkrankung durchschnittlich 6,4 Tage, seien es bei einer psychischen Erkrankung 22,5 Tage. Die Arbeitsunfähigkeitsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen hätten seit 1995 um 80 Prozent zugenommen. Der Fehlzeiten-Report 2009 zeigt auf, wie Unternehmen die Gesundheitsressourcen der Mitarbeiter stärken und Belastungen am Arbeitsplatz reduzieren können.

Infos: [www.wido.de/meldungakt+M527dffa8210.html](http://www.wido.de/meldungakt+M527dffa8210.html)